

Rechtsextreme treffen sich in Basel

Demonstration Am 24. November wird die rechtsextreme Pnos auf dem Messeplatz in Basel gegen den UNO-Migrationspakt und die Migration im Allgemeinen demonstrieren. Die «Partei national orientierter Schweizer» ist bisher vor allem durch die 1.-August-Feiern auf dem Rütli aufgefallen. 2005 mobilisierte sie mehrere hundert Rechtsextreme an die offizielle Feier, die den damaligen Bundesrat Samuel Schmid niederschrien. Zur Demonstration ruft auch die Nationale Aktionsfront (NA) auf. Über diese Gruppierung ist wenig bekannt. Bisher trat sie vor allem im Rahmen von Gedenkfeiern der Schlachten bei Sempach und Morgarten auf.

Gemäss Facebook-Seite der Veranstaltung werden bekannte Vertreter der rechtsextremen Szene sprechen. Unter anderem tritt Tobias Steiger auf. Er war bis Mitte 2015 Präsident der SVP-Sektion Dornach. Von diesem Amt trat er nach öffentlichen Rücktrittsforderungen von Parteimitgliedern zurück und verliess die SVP. Im Vorfeld waren Äusserungen des damals 40-jährigen publik geworden, gemäss denen er sich unter anderem freute, dass ein Asylsuchender im Rhein ertrunken war. Ebenfalls als Sprecher gemeldet ist Eric Weber, der in erster Linie als Politclown bekannt ist. Dass das eine rechtsextreme Gesinnung nicht ausschliesst, belegt die Vergangenheit des ehemaligen Basler Grossrats. Als er in den 80er-Jahren das erste Mal in den Grossen Rat gewählt wird, marschiert er den Hitlergruss zeigend ins Rathaus. (mk)

Leutenegger Oberholzer tritt ab

Nationalrat Die bevorstehenden Bundesratswahlen lässt sich die Baselbieter SP-Nationalrätin Susanne Leutenegger Oberholzer nicht entgehen. Danach ist allerdings Schluss: Per 7. Dezember tritt die 70-jährige Politikerin zurück. Den konkreten Rücktrittstermin gab sie gestern über Twitter bekannt. Dass sie auf «spätestens Ende Jahr» aus dem Nationalrat ausscheiden will, hatte sie schon im März angekündigt. (sda)



Funktionäre und Nationalräte: Verbandspräsident Jean-François Rime (SVP/FR, links) und Direktor Hans-Ulrich Bigler (FDP/ZH).

Bild: Anthony Anex/Keystone (Bern, 5. März 2018)

Die neue Stille im Gewerbeverband

Stimmungswandel Mit seiner aggressiven Rhetorik hat sich der Schweizerische Gewerbeverband viele Feinde geschaffen. Doch seit einigen Monaten wirkt Gewerbedirektor Hans-Ulrich Bigler zahn wie ein Lamm.

Roger Braun

Wo ist Hans-Ulrich Bigler? Bis vor kurzem dominierte der Gewerbedirektor die politische Diskussion mit regelmässigen Tabubrücken. Bundesrätin Doris Leuthard und SRG-Direktor Roger de Weck mussten als Diebe herhalten, die dem ahnungslosen Fernsehzeitschauer 1000 Franken aus dem Sack ziehen. Nationalrat Bastien Girod setzte er bei der Atomausstieg-Initiative einem Taliban gleich. Und bei der No-Billag-Initiative legte sich Bigler voll ins Zeug, obwohl das Gewerbeparlament ihm aufgetragen hatte, zurückhaltend zu agieren.

Doch plötzlich ist Bigler von der Bildfläche verschwunden. Angriffe auf politische Gegner: Fehlanzeige. Nennungen in der Presse: stark rückläufig. Öffentliche Kontroversen: nada. Noch vor einem Jahr attackierte der Gewerbeverband Bundesräte, Gewerkschaften und Chefbeamte regelmässig per Medienmittei-

lungen: Innenminister Alain Berset betrieb «Behördenpropaganda»; der Präsident des AHV-Fonds «weiss nicht, wovon er spricht»; ein linkes Komitee verbreitete «irreführende Fantasiezahlen». Heute bewirbt der Verband den KMU-Anlass «Frauen erobern Männerwelten», er begrüsst Positionsbezüge des Bundesrats, und wenn Kritik kommt, trägt er sie nüchtern vor. Auffällig auch: Das Mediendossier, in dem sich Bigler gerne und regelmässig ausgetobt hat, liegt seit der No-Billag-Abstimmung brach. Selbst auf eine Stellungnahme zum wegweisenden Mediengesetz verzichtete der Verband. Und dies nachdem die Spitze um Bigler und Verbandspräsident Jean-François Rime über Jahre gegen die SRG geschossen hatte.

Kritiker fühlen sich bestätigt

Die Mässigung des Tonfalls ist kein Zufall. Einzelne prominente Gewerbetreibende wie CVP-Nationalrat

Alois Gmür (SZ) hatten in der Vergangenheit harte Kritik an Bigler und Rime geübt. Die Politik des Verbands sei nicht mehr konstruktiv, «sondern auf Abbruch ausgerichtet», beklagte der Einsiedler Bierbrauer. Bigler warf er vor, sich vor allem um seine

«Offenbar ist man sich in Bern bewusst geworden, dass es eine Kursänderung braucht.»

Karl Fisch
Präsident Kantonalen Sektion SZ

eigene Karriere zu kümmern. Gmür stellte gar die personelle Zusammensetzung der Spitze in Frage. Entsprechend befriedigt äussert er sich über die neuen Töne im Verband: «Ich begrüsse es sehr, dass die Spitze gemässiger auftritt», sagt er. «Damit können wir auch wieder sinnvoll mit anderen Organisationen zusammenarbeiten.»

Kantonale Sektionen lehnten sich gegen Bigler auf

Druck gab es auch aus den Kantonen. Die Sektionen Bern, Luzern, Nidwalden, Schwyz, St. Gallen und Zürich beklagten nicht nur den aggressiven Ton Biglers, sondern fühlten sich auch aussen vor gelassen. «Offenbar ist man sich in Bern bewusst geworden, dass es eine Kursänderung braucht», sagt der Schwyzer Gewerbeverbandpräsident Karl Fisch. Er beobachtet eine «sachlichere Kommunikation» und «weniger Aggressionen». Er begrüsst das: «Es bringt nichts,

wenn der Gewerbeverband in erster Linie fürs Herumpöbeln bekannt ist.» Positiv wertet Fisch auch den Verzicht auf die Medienpolitik, «denn das ist kein Hauptthema für das Gewerbe». Er will an der letzten Sitzung der Gewerbekammer eine veränderte Stimmung festgestellt haben. Er sagt: «Die Wogen im Verband haben sich deutlich geglättet.»

Bigler selber will sich nicht zu den Gründen für den ruhigeren Auftritt äussern. «Inwiefern unser Auftritt aggressiv ist oder nicht, liegt im Auge des Betrachters», lässt er über die Medienstelle mitteilen. Die Medienpolitik sei zudem nie ein Kernthema des Schweizerischen Gewerbeverbands gewesen. Der Verband habe sich einfach gegen die Einführung der obligatorischen Empfangsgebühr gewehrt. Der aktuelle Fokus liege «auf der Bekämpfung der Zersiedelungs-Initiative, der Revision der Sozialwerke und der Steuervorlage».

ANZEIGE

Diese Initiative ist ein Angriff auf unser Bundesgericht. Sie schwächt unseren Rechtsstaat und unsere Demokratie.

NEIN
zur «Selbstbestimmungs-Initiative»
nein zur sbi.ch

SVP schaltet mehr Inserate als Gegner

Abstimmung Die Reklame zur Selbstbestimmungs-Initiative stellt andere Kampagnen deutlich in den Schatten.

Neun Tage vor dem Urnengang wird klar: Die Befürworter der Selbstbestimmungs-Initiative investieren deutlich mehr Geld in Inserate als die Gegner des Begehrens. Das zeigt eine gestern veröffentlichte Analyse von Anée Politique Suisse der Universität Bern. Dies stehe «in auffälligem Gegensatz zur Kampagne der Masseneinwanderungs-Initiative von 2014», schreiben die Studienautoren. Ein Vergleich mit der damaligen Kampagne macht deutlich, dass die Gegner der SVP-Initiative rund 2,7-mal weniger Inserate schalten als noch 2014, die Befürworter der

Initiative aber im Vergleich zu damals die Anzahl geschalteter Inserate mehr als verdoppelten.

Interessanterweise sei der Verlauf der Kampagnen von Mas-



Abstimmung
25. November
Selbstbestimmungs-Initiative

seneinwanderungs- und Selbstbestimmungs-Initiative ähnlich, schreiben die Berner Politikwissenschaftler weiter. «Die Gegnerschaft ist früh aktiv, fährt dann ihre Investitionen in den gekauften Zeitungsraum auffällig zu-

rück, um gegen Ende noch einmal stärker zu investieren.»

Die Selbstbestimmungs-Initiative wurde bisher mit 784 Inseraten mehr als 2,9-mal so häufig beworben wie eine durchschnittliche Vorlage (269 Inserate) seit 2013. Nur zu fünf Vorlagen war bisher zu demselben Zeitpunkt mehr Reklame erschienen. In den Inseratespalten der Zeitungen dominiert die Selbstbestimmungs-Initiative deutlich. Für oder gegen die Hornkuh-Initiative, aber auch für oder gegen das Sozialdetektiv-Referendum werden praktisch keine Inserate geschaltet. (sna)

Posse in Biel

Die Stadtregierung zeigt sich unentschieden bezüglich der Selbstbestimmungs-Initiative. Der Bieler Gemeinderat veröffentlichte diese Woche ein Communiqué, in dem er für ein Nein warb. Sozialvorsteher Beat Feurer (SVP) versickerte kurz darauf eine eigene Pressemitteilung: Dem Nein stelle er ein klares Ja gegenüber. Kontroversen zwischen Feurer und seinen Regierungskollegen sind seit Jahren Thema und stellen die Kollegialität der Regierung auf die Probe. (sda)